

Stett.  
Holz-  
Verkauf

Am Montag,  
18. Dezember 1922,  
vormittags 9 Uhr.

Stamm-  
Holz

Landesgrundbesitzer vom  
18. Dezember 1922,  
vormittags 9 Uhr.  
auch die Verkaufs-  
men.  
teilung hier.  
Gemeinderat.

Gold.  
14. Dez. 1922,



und Schweine-Markt  
verboten.

Stuttgart

schön und gut.  
Fleder-  
str. 91

Weizenmehl,  
Futtermehl,  
Kleie

Haus

gegen Verzählung  
kau, en geucht.

kauf am Mittwoch,  
13. ds. Mts. eine parue

Schweire

Georg Kling,  
Stammheim.

30 Wochen

schöne Kuh

am Freitag, den  
14. Dezember, 1 Uhr nachm.

Forstmeister Haug,  
Widberg.

Gehirgen.

schöne Kuh

dem Verkauf aus  
ma Rühle, Wims-

Kaufe  
Felle aller  
Art

Jakob Eberhardt,  
Badstraße 312.



Nr. 291 Am.s- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 97. Jahrgang.

Veröffentlichungswort: Gmüt wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 28.—  
Wochensatz 180.—. Wochensatz mit Anzeigenpreis 100.—. — Remise 9.  
Mittwoch, den 13. Dezember 1922.  
Verkaufspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 20.—. monatlich. Volksgesund-  
heitspreis 15.—. mit Beleggeld. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

### Neueste Nachrichten.

Im neuen Gebäude des Reichswirtschaftsrats hielt Reichskanzler Dr. Cuno eine Ansprache, in der er gegen die etwaigen Ver-  
suche unverantwortlicher Machtfaktoren, die Entschlüsse der  
berufenen und verantwortlichen Leiter der Regierung zu beein-  
flussen, Stellung nahm. Sodann kennzeichnete er die Aufgaben  
der Außenpolitik dahin, die möglichst baldige Befreiung der  
besetzten Gebiete zu erstreben, und mit den Staaten Mittel-  
europas zu guten Beziehungen zu gelangen.

Poincaré hat über das Ergebnis der Londoner Konferenz  
Erklärungen abgegeben. Er wies in seiner ordinären Art da-  
rauf hin, die einmütige Ablehnung der deutschen Vorschläge  
beweise, daß sich die Alliierten nicht mehr mit Worten und  
unbestimmten Versprechungen Deutschlands begnügen würden.  
Frankreich trete nach wie vor für die Wandelpolitik ein, für  
die jedoch zurzeit bei den Alliierten keine Gegenliebe zu be-  
stehen scheint. Aber Frankreich behalte sich im Falle der Ab-  
kehrung seines Standpunktes freie Hand vor.

Bonar Law sagte über die Frage der alliierten Kriegsschul-  
den, England wolle Opfer bringen, soweit man Deutschlands  
Schulden ermäßigen müsse. Über die Stellung Englands zur  
Reparationsfrage an sich bewahrte er wie bisher Stills-  
schweigen.

### Der Reichskanzler im Reichswirtschaftsrat.

Für wirtschaftlichen Ausgleich und baldige Be-  
freiung des Rheinlands.

Berlin, 12. Dezbr. In seinem neuen Dienstgebäude  
in der Bellevuestraße trat heute der vorläufige Reichswirtschafts-  
rat zu einer Vollversammlung zusammen. Da es die erste Vollversammlung  
in den neuen Räumen war und die offizielle Übernahme des  
Dienstgebäudes durch den Reichswirtschaftsrat erfolgen sollte,  
sah die Sitzung in besonders feierlichem Rahmen statt. Am  
Regierungstisch hatten der Reichspräsident Ebert, Reichskanzler  
Dr. Cuno, Reichswirtschaftsminister Dr. Becker, zahlreiche  
andere Minister des Reiches und der Länder, sowie Vertreter der  
Berliner Parlamente usw. Platz genommen. Nachdem der Vor-  
sitzende Eder v. Braun die Sitzung für eröffnet erklärt hatte,  
ergriff Reichskanzler Dr. Cuno das Wort und führte aus:  
Die Arbeiten des Reichswirtschaftsrats in ihrer bisherigen Form  
waren dazu angetan, einen Ausgleich zwischen den wirtschaft-  
lichen Kräften unseres Landes zu schaffen und zu einer aufbauen-  
den Arbeit zu führen. Der Reichswirtschaftsrat soll grundlegende  
wirtschaftliche Fragen durch wirtschaftliche Kreise beraten und  
Begutachten lassen und zugleich der Regierung Anregungen geben,  
die auf wirtschaftlichem Gebiete liegen. Was bisher auf diesem  
Gebiete geleistet worden ist, das erlassen Sie mir in dieser Stunde  
auszuführen. Aber die Männer möchte ich herausstreichen, die  
sich ganz besonders um die Arbeit des Reichswirtschaftsrats ver-  
dient gemacht haben. Neben dem Präsidium, das wir auch  
heute die Freude haben vor uns zu sehen, waren es zwei Män-  
ner, die nicht mehr unter uns weilen, die die Gedanken und  
Arbeiten des Reichswirtschaftsrats ganz besonders gefördert  
haben; es waren Legien und Dr. Rathenau, beide Män-  
ner des Ausgleichs der Interessen zwischen Arbeitnehmer und  
Arbeitgeber und des Ausgleichs zwischen den verschiedenen wirt-  
schaftlichen Auffassungen. Sie an diese Namen in diesem Kreise  
zu dieser Stunde zu erinnern, ist mir Pflicht. Die Zusammen-  
setzung des Reichswirtschaftsrats und seiner Zuständigkeit ent-  
sprach und entspricht einem aufrichtigen Bedürfnis unserer Tage.  
Niemals zuvor war die Wirtschaft als Macht- und Kraftfaktor im  
deutschen Volk und im deutschen Lande nötiger als in unseren  
Tagen, niemals zuvor kam es so sehr darauf an, daß alle wirt-  
schaftlichen Kräfte zusammengefaßt werde, um das Ziel zu errei-  
chen, nach dem wir alle streben; endlich das Problem, das auf  
unserem ganzen Wirtschaftsleben lastet, einer endgültigen Lö-  
sung entgegenzuführen.

Berlin, 12. Dezbr. Dr. Cuno fortfahrend: Niemals zuvor ist  
es mehr darauf angekommen, bei dieser Arbeit den Ausgleich  
der Gegensätze zu finden und alle Köpfe auf das eine Ziel anzu-  
spannen: den Ausgleich der Gegensätze der Parteien, im Staate,  
dem Ausgleich der Gegensätze in den verschiedenen Klassen, den  
Ausgleich nach beiden Richtungen zu finden, sowie den Weg zu  
einer Verschärfung der Arbeit. Diese Aufgaben des Reichswirt-  
schaftsrates entsprechen genau dem, was wir im neuen Reichs-  
kabinett als unser Arbeitsprogramm uns vorgestellt haben. Es

gibt hier keinen Machtfaktor und kein Kraftzentrum, das stark  
genug wäre, der Regierung die Fühl aus der Hand zu nehmen  
(lebhafter Zustimmung). Ich appelliere ganz besonders an die  
restlose Unterstützung der Regierung und der Regierungsarbeit.  
Ich möchte glauben, daß diese Stellung von Wirtschaft und  
Regierung jetzt einen besonderen Ausdruck in der Lösung der Re-  
parationsfrage gefunden haben wird. Ich spreche nicht über die  
schwebenden Verhandlungen, die in London begannen und in  
Paris fortgesetzt werden sollen. Nur einen Grundgedanken möchte  
ich herausheben aus dem, was geschehen ist und aus dem, was  
werden soll. Die Regierung ist der Meinung, daß es falsch  
wäre, das Schicksal des Volkes und des Landes in andere Hän-  
de zu legen als in die der berufenen und verantwortlichen Hüter  
des deutschen Volkes. Das hat wohl zu dem Standpunkt geführt,  
daß wir auch in den ersten Tagen unserer Regierung nicht die  
Hände in den Schoß legen, sondern sofort an die Arbeit gingen.  
Wir haben dies getan, indem wir einen positiven Vorschlag vor-  
gelegt haben, der allerdings keine endgültige Lösung, aber doch  
ein Vorbote der endgültigen Lösung sein könnte. Dieser positive  
Vorschlag — man mag über seine Einzelheiten denken wie man  
will — ist aufgebaut auf dem Grundgedanken, daß wir in dem  
Bestreben der Befreiung weiter Gebiete unseres Reiches und un-  
serer Wirtschaft von dem Drude und den Lasten der Reparations-  
frage einig sind und daß es zur Erreichung dieses Zieles der Zu-  
sammenschließung der letzten Kräfte des ganzen Volkes bedürfe  
und der Zusammenfassung des ganzen Vertrauens des Auslandes,  
das noch zu Deutschland besteht. Beides soll zu gleicher Zeit der  
Wertmesser sein für die Leistungen, die wir für die Lösungen des  
Problems bringen können. Mehr kann nicht von uns verlangt  
werden. Ich finde es wenig befriedigend, daß ein so ernsthafte,  
von festem Willen getragener Vorschlag, dieses Problem zu lösen  
unter Einsetzung unserer ganzen Kraft und unserer ganzen Mit-  
arbeit nicht wenigstens die Beachtung gefunden hat, die man an-  
gesehen dieses Vorschlags, einen Weg zu gemeinschaftlichen Ver-  
handlungen zu finden, ohne die die Lösung dieser Fragen über-  
haupt nicht möglich ist, erwarten konnte. (Sehr richtig.) Was  
uns auch bevorstehen mag, was immer auch kommen mag in der  
weiteren Entwicklung dieser Verhandlungen, wir müssen zusam-  
menarbeiten mit allen unseren Kräften. Es muß die Einheit  
nicht nur der Wirtschaft, sondern auch der Stämme und Länder  
gewahrt bleiben. Darüber hinaus müssen wir die wirtschaftliche  
Kraft aufbringen, das möglichste zu leisten, was wir bei einer  
endgültigen Lösung des Problems auf uns nehmen können. Wir  
müssen auch zu besonderen wirtschaftlichen Beziehungen über die  
Grenzen des Deutschen Reiches hinaus zu den Nachbarländern  
in Mitteleuropa zu gelangen suchen. Wenn uns das gelingt,  
so wird das besonders jenen zugute kommen, die an uns noch  
heute außerordentlich große Forderungen stellen. Wir wissen,  
daß kein Staat die Gesetze der Wirtschaft misshandeln darf. Und so  
übergebe ich dieses Haus für weitere fruchtbare Arbeit in Beratun-  
gen und Verhandlungen seiner Exzellenz dem Präsidenten  
des Reichswirtschaftsrates als Vertreter des Deutschen Reiches.  
Ich spreche die Hoffnung aus, daß die Arbeit, die hier geleistet  
wird, dem Reiche und dem deutschen Volke reichen Segen bringen  
möchte. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende des Reichswirtschaftsrates, Eder v. Braun,  
übernahm das neue Gebäude im Namen des Wirtschaftsrates zu  
treuen Händen und gelobte, daß es eine Stätte ernster, leidens-  
chaftloser und aufopfernder Arbeit für die Zukunft Deutschlands  
werden soll. Der Vorsitzende gab dann in eingehender Darstel-  
lung einen Rückblick über die bisherige Tätigkeit des Reichswirt-  
schaftsrates für die Gesetzgebung und dankte der Regierung für  
ihre Entgegenkommen. Dann führte er weiter aus: Deutschland  
geht entweder den Weg des Verderbens weiter oder wir werden  
nur noch ein Trümmersfeld, aus dem die Feinde vergeblich ver-  
suchen werden, das Letzte auszubeuten. Dann aber würde Europa  
mit in den Niedergang gezogen werden. Er hoffe aber, daß es  
mit vereinten Kräften gelingen werde, den Genius des deutschen  
Volkes aus dem tiefen Schlafe zu erwecken und das Gepeit des  
Verfalls zu verschleuchen. Wir wollen so schnell der Redner, den  
Wut nicht sinken lassen. Wir wollen in diesem Hause ohne Unter-  
schied der Partei weiterarbeiten für Deutschlands Rettung. Wir  
wollen hier nur daran denken, daß wir Deutsche sind, berufen  
das Deutsche Reich vor dem Zusammenbruch zu retten. Mit die-  
sem festen Gedanken ergreift der Reichswirtschaftsrat von seinem  
neuen Heim Besitz. (Beifall.)

Darauf trat das Haus in die Tagesordnung ein. Der Er-  
höhung der patentamtlichen Gebühren wird zugestimmt, ebenso  
der Ergänzung des Gesetzes über die Kapitalflucht. Das Haus  
vertrug sich darauf auf Mittwoch Vormittag 11 Uhr.

### Nach der Londoner Konferenz.

Die ablehnende Antwort  
auf die neuen deutschen Vorschläge.

London, 13. Dezbr. Der Bericht der Konferenz der alli-  
ierten Ministerpräsidenten über die Ablehnung des deut-  
schen Reparationsplanes wurde gestern abend von Bonar  
Law abgelesen. Er besagt, unter den vorliegenden Um-  
ständen böten die deutschen Vorschläge keine Lösung der Re-  
parationschwierigkeiten.

### Poincaré über das Ergebnis der Konferenz.

Paris, 12. Dezbr. Nach der Schlußsitzung der Londoner  
Konferenz hat Poincaré den Journalisten Erklärungen  
abgegeben, die der Berichterstatter des „Petit Parisien“ wie  
folgt zusammenfaßt: Im Laufe der Verhandlungen sei nur  
die deutsche Note und die europäischen interalliierten  
Kriegsschulden gründlich erörtert worden. Daß die deutsche  
Note einmütig abgelehnt worden sei, bedeute, daß sämtliche  
Konferenzteilnehmer sich darüber einig seien, sich nicht mehr  
mit Worten und unbestimmten Versprechungen Deutschlands  
zu begnügen. Das sei eine höchst erfreuliche Feststellung.  
In der Schuldenfrage sei ein großer Schritt vorwärts ge-  
tan worden, da Bonar Law die Versicherung gegeben habe,  
daß die Frage ohne Rücksicht auf Amerika verhandelt wer-  
den könne. Im übrigen werde sich der englische Premier-  
minister in dieser Beziehung im englischen Unterhaus aus-  
sprechen. Er, Poincaré, lege den größten Wert darauf, den  
Punkt betreffend die Annullierung der Bonds C klarzu-  
stellen. Er stimme einer Annullierung nur bis zu dem Bet-  
rag der französischen Schuld bei England zu. Die Pfän-  
defrage sei nicht gründlich erörtert worden. Sie werde  
in den Pariser Besprechungen anfangs Januar wieder auf-  
genommen werden. Er wisse nicht, ob der französische  
Standpunkt Annahme finden werde. Sein Eindruck sei der,  
daß er in der gegenwärtigen Form wenig Aussicht habe,  
aber er habe sich für Frankreich volle Handlungsfreiheit  
in dieser Beziehung vorbehalten und wenn keine  
Verständigung erreicht würde, dann würde die Feststellung  
der Uneinigkeit nicht einen Versuch der Entente nach sich  
ziehen. Wenn man sich andererseits in Paris über dieses  
Programm verständigen würde, werde man unmittelbar  
darauf eine Plenarkonferenz einberufen, an der sämtliche  
beteiligten Länder teilnehmen würden, die entweder in  
Brüssel oder in Paris stattfinden könne.

### Bonar Law über die Frage der alliierten Kriegsschulden.

London, 13. Dezbr. Bonar Law gab gestern im Unter-  
haus wichtige Erklärungen über die interalliierten Kriegs-  
schulden ab. Kennworthy fragte den Premierminister, ob  
er, bevor das Haus sich vertage, eine Erklärung über die  
deutschen Reparationen abgeben werde. Bonar Law erwi-  
derte, wie das Haus wisse, sollten die in London erfolgten  
Unterredungen anfangs Januar in Paris fortgesetzt wer-  
den. Unter diesen Umständen werde es für ihn unmöglich  
sein, auf Erörterungen Bezug zu nehmen, die bereits statt-  
gefunden hätten. Es gebe jedoch noch eine Frage, nämlich  
die der europäischen interalliierten Schulden, die in der  
Presse erwähnt worden sei. Er halte es für richtig, die  
Aufmerksamkeit auf die in dieser Hinsicht von ihm ge-  
brauchten Worte zu lenken. Ich sagte, fuhr Bonar Law  
fort, es würde nicht richtig sein, daß die Regelung in einer  
solchen Weise festgesetzt wurde, daß wir allein von den alli-  
ierten Ländern tatsächlich eine Entschädigung zahlen wür-  
den. Was mir billig erschien, war, den Gesamtbetrag, der  
von Deutschland nicht bezahlt werden kann, zu zerlegen  
und zu sagen: Da wir nicht alles von Deutschland erhalten,  
was wir erwarten, müssen wir unsere Forderung ermäßig-  
gen. Aus diesem Grunde fügte ich hinzu: Wenn wir die  
Möglichkeit einer völligen Regelung sehen und die Aussicht  
auf einen endlichen Abschluß, so wären wir bereit, ein ge-  
wisses Risiko zu laufen und nicht soviel von den Alliierten  
und von Deutschland zu erhalten, als wir Amerika vielleicht  
werden zahlen müssen. Ich fügte weiter hinzu, es sei sicher,  
und jedermann würde zustimmen, daß es schwierig sein  
werde, ein solches Zugeständnis zu machen, wenn die gesamte  
Lage von neuem erörtert werden sollte. (Beifall.) — Kenn-  
worthy fragte hierauf, ob dies bedeute, daß keinerlei Er-  
klärung über die Regierungspolitik bezüglich der deutschen  
Reparationen, abgesehen von der Frage der interalliierten  
Schulden, erfolgen werde und ob die Möglichkeit bestehe,  
daß die Franzosen Sanktionen zur Anwendung bringen,





